



An den Oberbürgermeister
der Landeshauptstadt München
Herrn Dieter Reiter
Rathaus, Marienplatz 8
80331 München

München, 31.07.2019

ANTRAG

Wird die Überlastung der Münchner Nothilfen durch das geplante Bundesgesetz zur „Neuregelung der medizinischen Notfallversorgung“ bald gelöst?

- Dem Stadtrat wird zur Versorgungssituation und den Auswirkungen des Gesetzentwurfs der Bundesregierung „Neuregelung der Medizinischen Notfallversorgung“ auf München und ihrer Nachbarn in der Region 14 berichtet. Der „Runde Tisch Notfallversorgung“ ist zu beteiligen.
- Das Kreisverwaltungsreferat berichtet jährlich, über die im Tagesverlauf zur Verfügung gestandenen freien Behandlungskapazitäten bei medizinischen Notfällen in München.

Begründung:

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Rettungsdienste und der Nothilfen in den Krankenhäusern leisten unter oft schwierigsten Bedingungen, die auch nicht planbar sind, für die Bürgerinnen und Bürger einen unverzichtbaren hoch aner kennenswerten Dienst.

Bundesgesundheitsminister Jens Spahn hat nun einen Gesetzesentwurf zur Neuorganisation der medizinischen Notfallversorgung vorgelegt.

Ziel soll es sein, den „echten“ Notfällen, die stationär im Krankenhaus versorgt werden müssen, eine bessere Hilfe zukommen zu lassen und die Wartezeiten für die Patienten in den Nothilfen zu verkürzen. Auf Länderebene sollen zusammengeschaltete telefonische Notfalleitstellen eingerichtet werden. Dort wird nach einer Einschätzung der Hilfesuchende in die ambulante oder stationäre Versorgung empfohlen.

Der Stadtrat soll im Vorfeld dieses Gesetzesvorhabens von den zuständigen Referaten (KVR / RGU)

BAYERNPARTEI Stadtratsfraktion

Rathaus, Marienplatz 8 • Geschäftsstelle: Zimmer 116 • 80331 München
Telefon: 089 / 233 – 20 798 • Fax: 089 / 233 – 20 770 • E-Mail: bayernpartei@muenchen.de

bzw. Fachgremien ein Meinungsbild erhalten, ob damit das Ziel der Überlastung in den Nothilfen erreicht werden kann.

Der Rettungszweckverband beim Kreisverwaltungsreferat betreibt für München ein Internetportal, um freie Behandlungskapazitäten für medizinische Notfälle tagesaktuell darzustellen.

Die bisher öffentliche Ansicht zu den medizinischen Behandlungskapazitäten in München wurde, entgegen einer bundesweiten Handhabung, seit Juni 2018 ohne schlüssige Begründung für interessierte Nutzer eingeschränkt.

Im Rahmen der Daseinsvorsorge für die Münchnerinnen und Münchner ist es unerlässlich, dass der Stadtrat zeitnah einen Überblick zu den freien Behandlungskapazitäten für medizinische Notfälle der an den Notaufnahmen beteiligten Münchner Krankenhäuser hat.

Die im vergangenen Jahr in der geburtshilflichen Versorgung öffentlich gewordenen Versorgungsengpässe haben deutlich gezeigt, dass die Bürgerinnen und Bürger die politisch Verantwortlichen zu recht in die Pflicht nehmen und Abhilfe erwarten.

Das System, die Steuerung und Vorhaltung von freien Behandlungskapazitäten bei medizinischen Notfällen dürfen keine Geheimsache sein, sondern sind transparent, begründet nachvollziehbar für die fachlich interessierte Öffentlichkeit darzustellen.

Initiative:

Eva Caim

weitere Fraktionsmitglieder:

Johann Altmann, Dr. Josef Assal, Richard Progl,
Mario Schmidbauer, Andre Wächterf